

Paul, Michael; Thränert, Oliver

Research Report

Abrüstung, Abschreckung und Abwehr: Die neue US-Nukleardoktrin - Abstimmungsbedarf in der Allianz

SWP-Aktuell, No. 24/2010

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Paul, Michael; Thränert, Oliver (2010) : Abrüstung, Abschreckung und Abwehr: Die neue US-Nukleardoktrin - Abstimmungsbedarf in der Allianz, SWP-Aktuell, No. 24/2010, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254899>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Abrüstung, Abschreckung und Abwehr

Die neue US-Nukleardoktrin – Abstimmungsbedarf in der Allianz

Michael Paul / Oliver Thränert

Die neue amerikanische Nuklearkonzeption ist erst in Umrissen erkennbar. Ihre mehrfach angekündigte Veröffentlichung wurde unlängst erneut verschoben. Fest steht jedenfalls, dass Washington die Anzahl seiner Kernwaffen drastisch reduzieren will. Diese Waffen werden für seine Sicherheitspolitik weiter an Bedeutung verlieren. Nicht-nukleare Elemente, darunter auch die Raketenabwehr, werden in den Vordergrund rücken. Die nukleare Abschreckung als solche, auch zum Schutz von Verbündeten der USA, wird aber vorerst aufrechterhalten. Deutschland möchte seinen Beitrag zur Abrüstung leisten, indem es – unterstützt von europäischen Nato-Partnern – eine Allianzdebatte über die Zukunft der noch immer in Europa stationierten US-Kernwaffen anstößt. Am Ende der Entwicklungen in Nato und USA könnte der Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa stehen. Ihre bisherige Funktion für die Abschreckung und die Allianz müsste dann aber ersetzt werden. Wie könnte der Dreiklang aus Abrüstung, Abschreckung und Abwehr in den kommenden Jahren harmonisch gestaltet werden?

Mit der neuen Nuklearkonzeption werden die USA ihren Verzicht auf die Entwicklung neuer Kernwaffen verkünden. Deren Anzahl soll drastisch reduziert werden. Auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen werden die USA hingegen nicht verzichten. Außerdem wird Washington mehrere Milliarden US-Dollar für die Modernisierung seiner Waffenlaboratorien und der nuklearen Infrastruktur ausgeben. Ziel ist es, die höchstmögliche Zuverlässigkeit der verbleibenden Nuklearwaffen zu gewährleisten. Gleichzeitig werden nicht-nukleare Optionen bedeutsamer. Dies betrifft einmal die Raketenabwehr, zum anderen den Einsatz konventioneller Fähigkeiten über große Distanzen.

Abrüstung

Ganz im Einklang mit der neuen Nukleardoktrin und der von US-Präsident Obama bei seiner Prager Rede im April 2009 verkündeten Vision einer Welt ohne Atomwaffen verhandeln die USA derzeit mit Russland über die Reduzierung strategischer Kernwaffen. Einigkeit besteht über die – moderat gehaltene – Höhe der festzulegenden Obergrenzen für Trägersysteme und Gefechtsköpfe. Offen bleiben Fragen der Verifikation. Überdies möchte Russland Begrenzungen für die Raketenabwehr festbeschreiben – ein Ansinnen, das zu enormen Komplikationen führen könnte. Denn es würde die Ratifikation eines Abkommens

im US-Senat massiv erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Die Ratifikation ist ohnehin nicht einfach, da sie eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Republikanische wie auch einige demokratische Senatoren haben bereits unmissverständlich erklärt, dass sie ein START-Folgeabkommen ablehnen würden, das Beschränkungen für die Raketenabwehr vorsieht.

Die Bundesregierung sieht ausweislich ihres Koalitionsvertrages den angestrebten Abzug der US-Nuklearwaffen aus Deutschland im Zusammenhang mit dem Abschluss neuer Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen. Eine solche Verknüpfung hätte in der Tat den Vorteil, dass Transparenz hinsichtlich der existierenden nicht-strategischen Nuklearwaffen Russlands hergestellt werden könnte. Nach wie vor besteht große Unsicherheit über die Anzahl dieser Waffen. Der hastig vollzogene Abzug taktischer Atomwaffen aus nicht-russischen Teilrepubliken nach dem Zusammenbruch der UdSSR in den frühen neunziger Jahren ging mit einer laxen Zählpraxis einher.

Doch Verhandlungen über diese Waffen wären aus mehreren Gründen problematisch. So ist das baldige Inkrafttreten eines START-Nachfolgeabkommens alles andere als gesichert. Zwar könnten bereits vor seiner Ratifikation Verhandlungen über ein weiteres Folgeabkommen beginnen. Sie müssten neben den strategischen auch die nicht-strategischen Kernwaffen erfassen, darunter die in Europa stationierten Waffen der USA. Doch wären solche Gespräche von vornherein mit einem etwaigen Streit im US-Senat über das START-Folgeabkommen belastet.

Moskau hat ohnedies kein großes Interesse an Verhandlungen über nicht-strategische Nuklearwaffen. In diesem Bereich ist seine numerische Überlegenheit erheblich: Etwa 4600 Sprengköpfe (davon rund 2000 operativ), die überwiegend im europäischen Teil Russlands stationiert sind, stehen etwa 1100 amerikanischen Gefechtsköpfen gegenüber (davon 500 operativ, etwa 150–240 befinden sich in Europa). Russland sieht dies im Kontext der Tat-

sache, dass es der Nato bei konventionellen Streitkräften unterlegen ist. Es wird sich daher seine Vorteile bei nicht-strategischen Kernwaffen nicht ohne entsprechenden Ausgleich wegverhandeln lassen. Zudem hegt Moskau die Absicht, die amerikanische nukleare Präsenz in Europa ein für alle Mal zu beenden – ein traditionelles Ziel noch aus sowjetischen Zeiten –, ohne seinerseits die eigenen nicht-strategischen Kernwaffen ebenfalls auf Null zu reduzieren. Eine solche asymmetrische Vereinbarung wäre jedoch für die USA und auch für viele europäische Partner – darunter vor allem neue Nato-Mitglieder – schwer hinnehmbar. Mit einiger Sicherheit würde wiederum die erforderliche Ratifikation im US-Senat mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sein.

Vor diesem Hintergrund wäre es ratsamer, einen anderen Weg zu wählen, als die Reduzierung nicht-strategischer Kernwaffen in ein weiteres START-Folgeabkommen einzubetten. Unabhängig von Vereinbarungen über strategische Waffen könnten Russland und die USA versuchen, durch Datenaustausch und Vor-Ort-Besuche mehr Transparenz bei den nicht-strategischen Systemen herzustellen. Reduzierungen würde jede Seite nur in dem Maße vornehmen, wie sie selbst sie für richtig hielte. Die USA haben dies ohnehin schon getan und in den vergangenen Jahren ohne großes öffentliches Aufsehen ihre Kernwaffen vom britischen Stützpunkt Lakenheath und vom deutschen Stationierungsort Ramstein komplett abgezogen.

Abschreckung

Damit stellt sich die Frage, ob die Nato in Zukunft überhaupt noch amerikanische Kernwaffen in Europa als Element der erweiterten Nuklearabschreckung benötigt (siehe Tabelle 1). Im rein militärischen Sinn mag dies nicht mehr der Fall sein. Um Russland abzuschrecken, sind diese Waffen nicht notwendig. Selbst wenn sich das Verhältnis zu Moskau massiv verschlechterte – Russlands eigene Kalküle würden von

Tabelle
US-Nuklearwaffen in Europa

	Luftwaffenbasis	Trägersystem	Anzahl (Schätzung)
Belgien	Kleine Brogel	Belgische F-16 (10st Fighter Wing)	10-20
Deutschland	Büchel	Deutsche Tornados (JaboG 33)	10-20
Niederlande	Volkel	Niederländische F-16 (1st Fighter Wing)	10-20
Italien	Aviano	US-F-16 (31st Fighter Wing)	50
	Gheddi Torre	Italienische Tornados (6. Stormo)	20-40
Türkei	Incirlik	US-Air Force (Rotation)	50-90
Insgesamt	Sechs Basen		150-240

Quelle: Hans M. Kristensen, »Status of U.S. Nuclear Weapons in Europe«, in: *Federation of American Scientists*, 26.6.2008, <www.fas.org/programs/ssp/nukes/_images/EuroNukes.pdf>.

diesen Systemen kaum beeinflusst. Vielmehr würden die russischen Militärplaner ihren Blick auf die strategischen US-Nuklearkräfte fixieren. Auch für die Abschreckung eines nuklearfähigen Iran, die künftig möglicherweise erforderlich werden könnte, würden in Europa stationierte amerikanische Kernwaffen auf Trägersystemen europäischer Verbündeter nicht benötigt. Denn warum sollte ein amerikanischer Präsident im Zuge einer Nahost-Krise gerade diese und nicht seine strategischen Nuklearwaffen einsetzen wollen?

Nicht übersehen werden sollte hingegen, dass in Europa stationierte amerikanische Atomwaffen wichtige allianzpolitische Funktionen haben. Sie symbolisieren Nato-Solidarität und Risikoteilung. Insbesondere neue Nato-Partner schätzen mit Blick auf Russland nach wie vor die mit dieser Stationierung verknüpfte Anbindung Amerikas an den Alten Kontinent. Die Stationierungsländer wiederum genießen Vorteile und erhalten besseren Zugang zu Informationen über die amerikanischen Nuklearplanungen. Schließlich sollte nicht vergessen werden, aus welcher Überlegung die Idee geboren wurde, amerikanische Kernwaffen in Europa zu stationieren, die sich im Kriegs-

fall auf europäischen Trägersystemen einsetzen ließen: Sie sollte europäische Nato-Partner davon überzeugen, dass sie auf eigene Nuklearwaffen verzichten können. Adressat war in den sechziger Jahren die Bundesrepublik Deutschland, die Überlegung ist insofern nicht mehr aktuell. Anders sieht es bei der Türkei aus. Sollte Amerika alle dort gelagerten Atomwaffen abziehen, gleichzeitig aber Iran zur Atommacht aufsteigen, würde die türkische Debatte über eine eigene Atombewaffnung, die latent ohnehin bereits in Gang gekommen ist, sicherlich Fahrt aufnehmen.

Abwehr

In den kommenden Jahren sollten die in Europa stationierten amerikanischen Kernwaffen schrittweise durch neue Elemente ersetzt werden, die deren allianzpolitische Funktionen übernehmen und militärisch relevant sind. Das bietet sich schon deshalb an, weil die Flugzeuge, die für den Einsatz amerikanischer Kernwaffen in Europa vorgesehen sind, in naher Zukunft nach und nach außer Dienst gestellt werden. Neue europäische Trägersysteme für eine nukleare Rolle dürften angesichts allseits

klammer Kassen und mangelnder militärischer Begründungsmöglichkeiten politisch nicht durchsetzbar sein.

Allianzpolitischen Ersatz könnte der Aufbau einer Nato-weiten Raketenabwehr liefern. Diese wird zwar auch nicht preisgünstig zu haben sein, wäre aber militärisch sinnvoll. Sollte es im Nahen und Mittleren Osten, einer europäischen Nachbarregion, wirklich zu nuklearer Aufrüstung kommen, wäre die Allianz, wäre insbesondere Europa gut beraten, über eine Option zur Schadensbegrenzung zu verfügen. Denn Konflikteskalationen bis hin zur Androhung eines Atomwaffeneinsatzes wären dann nicht auszuschließen.

US-Präsident Obama hat die Relevanz der Abwehr erkannt. Seine Entscheidung, frühere Pläne seines Vorgängers Bush aufzugeben, die eine Stationierung in Polen und Tschechien vorsahen, bedeutet keineswegs einen generellen Verzicht auf Raketenabwehr in Europa. Allerdings unterscheidet sich Obamas Ansatz in mehrfacher Hinsicht von demjenigen Bushs. Erstens setzt Obama nicht auf bilaterales Vorgehen mit einzelnen Bündnispartnern, sondern auf ein Nato-weites Projekt. Zweitens steht nicht der Schutz Amerikas, sondern Europas im Vordergrund, was sich daraus erklärt, dass etwa Iran Mittelstreckenwaffen zur Einsatzreife bringen wird, die Europa erreichen können, bevor er Interkontinentalraketen entwickelt. Daraus folgt, drittens, dass Obama auf flexiblere, teilweise seegestützte und technisch fortgeschrittenere Abwehrsysteme zurückgreift.

Eine solche Nato-Raketenabwehr stellt ein militärisches Großprojekt dar, das Amerika weiterhin fest an Europa bindet. Es spricht darüber hinaus Mitsprachemöglichkeiten für die Bündnispartner. Schließlich bietet es den Europäern effektiven Schutz und sollte sie somit auch davon überzeugen können, dass eigene Nuklearwaffen selbst dann überflüssig sind, wenn es auf dem Alten Kontinent keine US-Atomwaffen mehr gibt.

Den Dreiklang harmonisieren: Kooperation mit Russland

Eine Nato-Raketenabwehr hat jedoch einen gravierenden Nachteil: Da Moskau ihr mit Misstrauen begegnet, könnte sie die weitere nukleare Abrüstung blockieren – wie sich bereits bei den Verhandlungen über ein START-Folgeabkommen zeigt. Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg: Die Nato muss bei der Raketenabwehr konsequent die Zusammenarbeit mit Russland suchen.

US-Präsident Obama hat dies schon früh erkannt und die Fortsetzung des Verteidigungsprogramms mit einer solchen Zusammenarbeit verbunden. Ziel sollte es zunächst sein, etwa durch den Austausch von Offizieren in Radaranlagen sicherzustellen, dass westliche und russische Verteidigungssysteme nicht gegeneinander gerichtet sind.

Eine weiterführende Kooperation in diesem sensiblen Bereich setzt ein hohes Maß an Vertrauen voraus. Moderne Technologien müssten gegenseitig zugänglich gemacht und – in einem fortgeschrittenen Stadium der Zusammenarbeit – Fragen der Kommandostruktur gemeinsamer Abwehreinrichtungen geklärt werden. Der Weg dorthin ist weit und wird nur über eine schrittweise praktische Kooperation zu bewältigen sein. In dem Maße, in dem beide Seiten vorankommen, müssten sie sich auch mit der Frage befassen, wie China einzubinden wäre. Denn für Peking dürfte angesichts seiner noch immer begrenzten nuklearen Offensivfähigkeiten eine funktionierende Nato-Russland-Kooperation bei der Raketenabwehr bedrohlich wirken.

Strategische Kernwaffen vertraglich verbindlich abrüsten; den Bestand nicht-strategischer Nuklearwaffen zunächst transparenter machen und nach Bedarf reduzieren; und Abschreckung Zug um Zug durch Abwehr ersetzen – so könnte der Dreiklang aus Abrüstung, Abschreckung und Abwehr schließlich in den von US-Präsident Obama anvisierten Schlussakkord einer Welt ohne Atomwaffen münden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364